



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Harnisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern II Parlamentarische Verankerung – Gleichwertigkeitsbericht

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, entsprechend den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ den Raumordnungsbericht (ROB nach Art. 32 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes – BayLplG) zu einem Bericht über die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern (Gleichwertigkeitsbericht) weiterzuentwickeln und diesen dem Landtag zu Beginn jeder Legislaturperiode vorzulegen.

Der Bericht soll entlang der vier Gerechtigkeitsdimensionen und des Indikatorensystems aufgebaut sein. Ziel des Berichts ist die parlamentarische Verankerung des Verfassungsziels „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ in allen Landesteilen.

Begründung:

Am 30.01.2018 legte die Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ ihren Abschlussbericht (Drs. 17/19700) vor. Der Bericht enthält zahlreiche Handlungsempfehlungen an Parlament und Staatsregierung mit dem Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns zu erreichen und sicherzustellen. Nach dreieinhalb Jahren intensiver Arbeit ist es nun an der Zeit, die Empfehlungen der Kommission zügig umzusetzen.

Unter Punkt 5.3.1 gibt der Bericht Empfehlungen für eine parlamentarische Verankerung des Verfassungsziels „Gleichwertige Lebensverhältnisse“. Ein Gleichwertigkeitsbericht der Staatsregierung an den Landtag zu Beginn jeder Legislaturperiode hätte den Vorteil, dass der Landtag die Entwicklung rechtzeitig für die mittelfristigen Haushaltsplanungen des Freistaates miteinbeziehen könnte.